

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Egon Lutz MdB sieht in den jüngsten Arbeitsmarkt-Zahlen gewisse Besserungstendenzen.

Seite 1/2

Helmuth Becker MdB weist darauf hin, daß ein großer Teil der Hamburger Parteitags-Aufträge bereits "abgehakt" ist.

Seite 3/4

Klaus Daubertshäuser MdB spricht sich für Geldbußen bei "Gurtmuffeln" aus.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 126

5. Juli 1978

Leichte Aufschwungstendenz ist unverkennbar

Arbeitsmarktdaten des Juni lassen hoffen

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Präsident Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit, der allmonatlich wie aus einem Wetterhäuschen hervortritt, um das Klima auf dem Arbeitsmarkt zu verkünden, konnte diesmal freundliche Tendenz melden. Der Hochsommer 1978 wird in die leidvolle Geschichte der Millionenarbeitslosigkeit der 70iger Jahre als Atempause zum Hoffnung-Schöpfen eingehen. Mit Genugtuung kann der Bundeskanzler beim Weltwirtschaftsgipfel nicht nur eine Preissteigerungsrate unter drei Prozent und eine kräftige Nachfragebelebung im Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich, sondern auch die Arbeitsmarktdaten des Juni mit einer Quote unter vier Prozent vorweisen.

Binnen eines Monats, von Mai auf Juni, sank diesmal die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 35.678 auf den Sommer-tiefstand von 677.319. Damit liegt die Arbeitslosenquote jetzt bei 3,9 Prozent. Die Bundesanstalt dosiert ihren öffentlichen Optimismus betont zurückhaltend, räumt aber ein, daß nicht nur rein saisonale Faktoren im Spiel sind. Ein bißchen Konjunktur ist auch dabei. Dahin deutet die gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent gestiegene Zahl der Vermittlungen. In den 216.059 Arbeitsvermittlungen im Juni, von denen über-

wiegend die Männer profitierten, ist eine lebhaftere Bewegung auf den Arbeitsmärkten zu erkennen, die eine leichte konjunkturelle Belebung verheißt. In die gleiche Richtung weist die Zunahme der gemeldeten offenen Stellen um 7,9 Prozent auf 257.093. Dabei wuchs die Zahl der offenen Stellen für Männer um 12,7 Prozent, die für Frauen nahm um 0,7 Prozent ab.

Diese Entwicklung zugunsten der Männer spiegelt die unterschiedliche Lage der einzelnen Branchen. So schrumpfte die Arbeitslosenzahl in den Bauberufen nochmals um sage und schreibe 21,2 Prozent. Nur noch ganze 26.788 Bauhandwerker sind als arbeitslos gemeldet. Eine, wenn auch schwächere, Erholung zeichnet sich in den Metall- und Elektrikerberufen ab. Dort haben wir noch 130.870 Arbeitslose, 7,8 Prozent weniger als im Mai. Am schwächsten sind die Besserungstendenzen im Textilbereich und in den Büroberufen mit 1,6 bzw. 1,7 Prozent Rückgang gegenüber dem Vormonat.

230.516 Arbeitnehmer haben noch Kurzarbeit. Das sind immerhin rund 5.000 weniger als im Mai. Gegenüber dem Juni 1977 liegt diese Zahl um 10,1 Prozent niedriger. Den größten Posten in der Kurzarbeiterstatistik stellt der Bergbau mit 43.387 - eine Folge der Feierschichten.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen enthält Vollzeitarbeitslose und Teilzeitarbeitslose. 98 Prozent der 179.967 Teilzeitarbeitslosen sind Frauen. Davon wiederum suchen etwa zwei Drittel nur eine Vormittagsbeschäftigung. So bleiben nur 697.352 Arbeitslose, die eine Vollzeitbeschäftigung suchen.

Interessant ist, daß die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren schneller sinkt als die allgemeine Arbeitslosigkeit. Mit 68.197 liegt ihre Quote von 3,2 Prozent jetzt deutlich unter der allgemeinen Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent. Gegenüber Juni 1977 haben wir 11.840 - das sind 14,8 Prozent - weniger jugendliche Arbeitslose. Es scheint sich zu bestätigen, daß junge Leute im Abschwung früher und häufiger gefeuert, im Aufschwung dagegen früher und zahlreicher geheuert werden.

Der Beschäftigungsanstieg von einem Monat auf den anderen, gemessen am Rückgang der Arbeitslosen, ist im Juni 1978 der höchste seit acht Jahren. Bei aller berechtigten Freude und Zuversicht, die von dieser Tatsache ausgeht: Wir haben noch lange keinen Grund, auf unseren Lorbeeren auszuruhen, sondern sollten daran denken, daß in den vor uns liegenden zehn Jahren mindestens zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen um a/ das bestehende Arbeitsplatzdefizit abzubauen, b/ den laufenden Arbeitsplatzverlust durch technischen Fortschritt wettzumachen und c/ den Arbeitsplatzmehrabbedarf aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge zu befriedigen.

Dafür benötigen wir ein strukturell ausgewogenes, harmonisches Wachstum zur Auslastung vorhandener Kapazitäten hauptsächlich durch Erhöhung der Nachfrage. Wir brauchen die Modernisierung des Produktionsapparates zur Herstellung intelligenter Produkte, und wir brauchen die soziale Beherrschung der Rationalisierung durch laufende Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeit. (-/5.7.1978/ks/10)

+ + +

Was ist aus den Hamburger Beschlüssen geworden?

Dokumentation über die Erledigung der SPD-Parteitagbeschlüsse 1977

Von Helmuth Becker MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist eine bewährte Tradition der SPD, den Parteitagen nach Ablauf der "Legislaturperiode" Rechenschaft zu geben über die Erledigung der gefaßten Beschlüsse. Alle zwei Jahre legt der Parteivorstand dem Parteitag einen Bericht über die Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge vor. Die SPD-Bundestagsfraktion übernimmt dabei den Teil der Rechenlegung, der sich auf gesetzgeberische Initiativen bezieht.

Dem bis zum Jahr 1977 gepflegten Verfahren haftete ein Mangel an. Die parteiinterne Öffentlichkeit konnte sich erst kurz vor Eröffnung des Parteitages mit den Erledigungsvermerken befassen. Um hier eine Änderung, mehr Bürgernähe und Verantwortung der Mandatsträger gegenüber den antragstellenden Gliederungen der Partei bis hinunter zu den Ortsvereinen zu erreichen, befaßte sich der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion auf Anregung seines Vorsitzenden, Herbert Wehner, sofort nach Ende des Hamburger Bundesparteitages 1977, mit der Verbesserung der Rechenschaftslegung. Zu den damit gestellten wichtigsten Forderungen gehören Unmittelbarkeit und Regelmäßigkeit. Zur Auswertung der Parteitagbeschlüsse setzte der Vorstand eine ständige Arbeitsgruppe ein, die unter Leitung der Stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion, Bruno Friedrich und Horst Ehmke, bereits im Januar 1978 ihre Arbeit aufnahm.

Als Ergebnis dieser Beratungen wurden die Beschlüsse den jeweils zuständigen Arbeitskreisen der Fraktion zur federführenden bzw. mitberatenden Auswertung überwiesen. Arbeitskreise und Arbeitsgruppen befaßten sich mit dieser Aufgabe und berichteten dem Fraktionsvorstand Ende Mai 1978 über das Ergebnis. Unter Berücksichtigung des Standes der parlamentarischen Beratungen wurde dann der erste Gesamtbericht den Mitgliedern der Fraktion am 29. Mai 1978 übergeben.

Diesem ersten Bericht werden weitere Berichte über Beschlüsse und Anträge folgen. Grundlage der Arbeit der Fraktion ist die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 16. Dezember 1976 niedergelegte Koalitionsvereinbarung über die Vorhaben in der achten Legislaturperiode. Es gilt, dieses Regierungsprogramm unter Berücksichtigung der in den Anträgen und Beschlüssen enthaltenen Vorschläge für die gesetzgeberische

und politische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in die Tat umsetzen. Deshalb werden bis zum nächsten Bundesparteitag der SPD Ergänzungen an dem jetzt vorliegenden Bericht vorzunehmen sein. Festzuhalten bleibt aber schon jetzt, daß ein großer Teil der Aufträge des Hamburger Parteitages positiv erledigt werden konnte.

Im Rahmen eines Artikels kann nicht eine Dokumentation von 126 Seiten referiert werden. Sie wird mit Ergänzungen in jenen Bericht eingehen, den der Parteivorstand den Delegierten des nächsten ordentlichen Bundesparteitages über die Erledigung der Beschlüsse vorlegen wird.

Zur ersten Orientierung über die wichtigsten Inhalte werden die Vorsitzenden der Arbeitskreise im SPD-Pressedienst über den sie betreffenden Teil der Beschlüsse berichten.

Mit der vorliegenden Dokumentation wird ein übliches Vorurteil widerlegt. Die Meinung, die "Überweisung als Material an..." stelle eine "Beerdigung" des Antrages dar, ist falsch. Aus dem Bericht der Fraktion geht hervor, daß Anträge, die mit diesem Beschlußvermerk behandelt wurden, ebenso sorgfältige Bearbeitung erfahren, wie das bei allen anderen Beschlüssen selbstverständlich ist.

Die Bearbeitung der Anträge zeigt deutlich, wieviel Sachkunde auch in verwickelten politischen Problembereichen auf einem Bundesparteitag zusammenkommt und welches Engagement die Aktivität der breiten Mitgliedschaft der SPD auszeichnet. Nicht Wählerwirksamkeit, sondern Solidarität mit den betroffenen Bürgergruppen kennzeichnet den enormen Fleiß der Parteigliederungen und Delegierten auf den Parteitagen. Die Kehrseite dieser Aktivitäten der Mitglieder der SPD ist eine mittlerweile problematische Überlastung von Bundesparteitagen. In dieser Hinsicht müßte ein neuer Arbeitsstil gefunden werden, der die Delegierten entlasten und ihnen mehr Freiraum schaffen könnte für die Konzentration auf Fragen, die als besonders dringlich empfunden werden. Aber mit Sicherheit wird dies nicht dazu führen, daß Engagement und Fleiß der breiten Mitgliedschaft der SPD nachlassen.

Die Bearbeitung der Anträge und Beschlüsse zeigt ferner sehr plastisch, daß die SPD mit der erdrückenden Anzahl der in ihren Reihen entstandenen Willensäußerungen die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unterstützt und aktiv begleitet. Diskussionen gibt es natürlich darüber, ob man in der einen oder anderen Angelegenheit nicht einen zusätzlichen Schritt tun könnte oder sollte. Doch auch dieses Element der Ungeduld, das in der Dokumentation zum Ausdruck kommt, zeigt die Überzeugung der Mitglieder der SPD, daß dem "Vorrat an Gemeinsamkeiten" in der Koalition keine endgültigen Grenzen gesetzt sind. Vielmehr kann er deshalb ständig erneuert werden, weil die Gemeinsamkeit der Grundüberzeugung zwischen FDP und SPD ungebrochen ist und für die Mehrheit unserer Bürger neu auftauchende Probleme nur in der sozial-liberalen Koalition lösbar sind.

(-/3.7.1978/ks/10)

+ + +

Wieviel Verkehrstote bringt dieser Urlaub ?

Ausbau der Verkehrssicherheit - eine ständige Aufgabe

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Nun rollt sie wieder - die große Urlaubswelle auf unseren Straßen, in deren Gefolge alltägliche und spektakuläre Unfälle sich gegenseitig abwechseln. Grund genug, einige Gedanken dem Thema Verkehrssicherheit zu widmen.

In der Bundesrepublik sind im vergangenen Jahr mit 1,5 Millionen Unfällen und 15.000 Todesopfern an zwei wesentlichen Meßzahlen Steigerungen gegenüber dem Jahr 1976 in negativer Hinsicht festzustellen. Sicher ist in dieser Zeit im Bundesgebiet der Kfz-Bestand angewachsen. Mittlerweile gibt es 25,5 Millionen Autos und Motorzweiräder. Aber dies darf uns keine Beruhigung sein. Denn mit jedem Unfall, zumal mit tödlichem Ausgang, entsteht nicht nur unsägliches menschliches Leid, sondern auch ein großer volkswirtschaftlicher Verlust. Deshalb lohnt es sich, einen Blick in andere Länder zu werfen, um festzustellen, wie man dort den Kampf gegen den Verkehrstod führt.

Interessanterweise ist ja weltweit ein positiver Trend feststellbar. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, denn in unserem Lande gab es 1970 rund 18 Millionen motorisierte Fahrzeuge, im gleichen Jahr starben 19.193 Menschen im Verkehr. 1976 war die Anzahl der Kraftfahrzeuge schon über 24 Millionen gestiegen. Allerdings war es auch gelungen, insbesondere durch die Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf den Bundesstraßen und durch ein verkehrsgerechteres Verhalten der Autofahrer, die Zahl der Verkehrstoten auf 14.820 drücken.

In den USA ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Im Jahre 1973 waren dort noch 55 000 Verkehrstote zu beklagen. Durch eine Regierungsverordnung wurde für alle Bundesstaaten eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung von 55 Meilen (knapp 90 km/h) eingeführt. Daraufhin sank im darauffolgenden Jahr 1974 die Zahl auf 46.000 Verkehrstote.

In unserem europäischen Nachbarland Italien ist in den vergangenen Jahren ein ständiger Rückgang der Verkehrsunfälle zu beobachten. Als Gründe nennt man hier

eine verbesserte Technik auf den privaten Autobahnen, z.B. durch die Mittelleitplanke und durch ein kompliziertes System von Höchstgeschwindigkeiten auf den Autobahnen. Hinzu kommt ein ausgefeiltes Überwachungs- und Bestrafungssystem. Bei unseren französischen Nachbarn ist seit der Einführung des obligatorischen Sicherheitsgurtes und der Einführung der Geschwindigkeitsbegrenzung im Jahre 1973 ein ständiges Sinken der Unfälle zu beobachten.

In Schweden war im vergangenen Jahr mit 847 Verkehrstoten die niedrigste Zahl seit 20 Jahren zu verzeichnen. Durch neue Gurtgesetze und durch Fahrverbote für große LKWs bei starkem Reiseverkehr sind offensichtlich diese Verbesserungen zu erreichen gewesen. In Kanada wurde 1976 die Gurtanschnallpflicht eingeführt. Das Ergebnis: ein Rückgang der Verkehrstoten um 14 Prozent im vergangenen Jahr.

Sicher sind auf diesem Gebiet internationale Vergleiche außerordentlich schwierig, weil bei diesen Vergleichen berücksichtigt werden muß: die Entwicklung der Kraftfahrzeuge, die Verkehrsdichte, die Bevölkerungsdichte und anderes. Aber eines kann man wohl übereinstimmend festhalten. Die positive Entwicklung in allen Ländern ist nur zu erreichen gewesen durch schärfere Gesetze, verbesserte Technik und verkehrsgerechtes Verhalten. Das heißt, offensichtlich führen nur restriktive, einschneidende Maßnahmen zu wirklicher Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß noch in diesem Jahr eine Verordnung in Kraft treten soll, die das Nichtanlegen von Gurten mit einem Verwarnungsgeld von 40,-- DM belegt. Denn alle bisherigen Aufklärungsaktionen hatten zwar eine gewisse Steigerung der Anlegequote, die im Frühjahr dieses Jahres bei insgesamt 54 Prozent lag, erreicht, aber aus anderen Ländern ist bekannt, daß man durchaus eine Anlegequote von 80 Prozent und mehr erreichen kann. Die Erhöhung der Anlegequoten ist ein Ziel, welches man nicht aus den Augen verlieren darf. Denn es liegt sowohl im Interesse des Einzelnen als auch im Interesse der Allgemeinheit. Aus den bisherigen Erfahrungen wissen wir, daß es wenig wahrscheinlich ist, daß mögliche Schadensersatzminderungen im ausreichenden Maße zum Anlegen von Gurten motivieren. Ausländische Erkenntnisse haben uns gezeigt, daß gerade durch die Einführung eines Bußgeldes die Kraftfahrer in ihrer überwiegenden Mehrheit die Anlegepflicht befolgen. Die sich jetzt in der Diskussion befindliche Höhe der Geldbuße von 40,-- DM für das Nichtanlegen scheint mir durchaus angemessen, zumal keine Eintragung in das Verkehrszentralregister in Flensburg erfolgen soll.

(-/5.7.1978/bgy/10)

+

+

+